



Band 10. Ein Deutschland in Europa 1989 – 2009  
Der Wahlausgang vom September 2005 (19. September 2005)

Der knappe Ausgang der Bundestagswahl vom September 2005 überrascht die Demoskopien, die eine Mehrheit für eine Koalition von CDU/CSU und FDP vorausgesagt hatten. Der Chef eines der großen Umfrageinstitute, Forsa, analysiert hier das Ergebnis, wobei er vor allem auf den Stimmenverlust der beiden großen Parteien, CDU/CSU und SPD, eingeht.

---

### **Weiterer Bedeutungsverlust für die beiden großen Parteien; Forsa-Analyse der Bundestagswahl vom Sonntag**

Der Chef des Berliner Forsa-Instituts, Manfred Güllner, hat für die Nachrichtenagentur AP das Ergebnis der Bundestagswahl vom Sonntag analysiert. Nachstehend sein Beitrag im Wortlaut:

»Das Ergebnis der Bundestagswahl vom Sonntag ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg des seit Jahren zu beobachtenden Bedeutungsverlustes der Großparteien: Nur noch 53 von 100 Wahlberechtigten gaben SPD und Union ihre Stimme; fast ebenso viele (47 Prozent der Wahlberechtigten) wählten gar nicht oder eine der kleineren Parteien. Nur bei der ersten Bundestagswahl 1949, als sich das demokratische Parteiensystem in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes noch nicht herausgebildet hatte, war die Vertrauensbasis der beiden großen Parteien geringer.

Doch schon 1953 wählten 62 von 100 Wahlberechtigten die Sozial- oder Christdemokraten. Dieser Anteil kletterte bei den Bundestagswahlen in den 70er Jahren auf 82 Prozent aller Wahlberechtigten. Seither sank der Anteil der Wahlberechtigten, die einer der beiden Volksparteien ihre Stimme gaben, wieder. So wählten bei der Bundestagswahl 1987 nur noch 68 von 100 Wahlberechtigten die Union oder die SPD. Seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 pendelte der Anteil dann nur noch um die 60-Prozent-Marke, um 2005 auf den bisherigen Tiefstwert zu fallen.

Dabei kam der SPD-Vertrauensverlust (nur 26 von 100 Wahlberechtigten haben am Sonntag die SPD gewählt, noch geringer war das Vertrauen zu den Sozialdemokraten nur bei der Bundestagswahl 1953 und bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 mit Oskar Lafontaine als Kanzlerkandidat) nicht überraschend. Zu tief war die Enttäuschung vieler früherer SPD-Wähler darüber, dass ihre Partei den Erneuerungskurs von Kanzler Gerhard Schröder nicht in

ausreichendem Maße unterstützt hatte und Schröder wegen dieses mangelnden Vertrauens seiner Partei gezwungen war, Neuwahlen herbeizuführen.

Noch im Juli wollten nur rund zwölf Millionen Wahlberechtigte SPD wählen. Im Verlauf des Wahlkampfes gelang es der SPD zwar, wie Forsa-Untersuchungen mit Hilfe eines neuen, internetbasierten Erhebungsverfahrens für N-TV und die Welt am Sonntag ermitteln konnten, 3,9 Millionen bis dahin im Lager der Unentschlossenen verharrende Wähler von 2002 wieder zu gewinnen. Doch mit 16,1 Millionen Stimmen lag die SPD deutlich unter ihrem Wähleranteil von 2002 und erst recht dem von 1998: Im Vergleich zur letzten Bundestagswahl 2002 verlor die SPD mehr als jeden zehnten, im Vergleich zur Wahl 1998 sogar jeden fünften Wähler.

Während der Vertrauensverlust der SPD vorhersehbar war, kam der der Union überraschend, zumal auch die Wahlforschungsinstitute in den Umfragen vor der Wahl diesen Vertrauensschwund nicht vorhergesehen hatten. Die Union wurde nur noch von 27 von 100 Wahlberechtigten gewählt. Dies bedeutet einen Wählerschwund von elf Prozent im Vergleich zur letzten Bundestagswahl 2002 und einen Verlust von fast sechs Prozent im Vergleich zur vorletzten Wahl 1998. Angela Merkel hat also der Union weniger Stimmen eingebracht als Helmut Kohl bei seiner letzten Wahl als Kanzlerkandidat. Im Vergleich zur ersten Helmut-Kohl-Wahl nach dem Machtwechsel 1982 am 6. März 1983, als die Union von 43 von 100 Wahlberechtigten gewählt wurde, schrumpfte die Wählerbasis von CDU und CSU sogar um fast 38 Prozent.

### **Vorbehalte gegen Merkel**

Offenbar waren die Vorbehalte gegen die Kandidatin Merkel im eigenen Anhängerlager in der letzten Phase des Wahlkampfes so groß geworden, dass auch ein Teil derjenigen, die sich in den Umfragen vor der Wahl zur Union bekannten, letztendlich am Wahltag ihre Stimme nicht der CDU oder CSU gaben. Rund 2,5 Millionen frühere CDU/CSU-Wähler gingen diesmal wegen dieser Vorbehalte nicht zur Wahl. Und rund 1,5 Millionen wählten nicht wie früher Union, sondern die FDP.

Merkels Haupthandicap war dabei, dass sie im wiedervereinigten Deutschland keine für die Wähler zureichend Identität gewonnen hat. Für die „Ossis“ war sie seit ihrer Einbindung in die Regierung Kohl und die Führungsstruktur der CDU keine „Ossi“ mehr, ohne dass sie dafür von den „Wessis“ als „Wessi“ akzeptiert worden wäre.

Angela Merkels Rückhalt bei den eigenen Anhängern war denn auch deutlich schwächer als der von Gerhard Schröder bei den SPD-Anhängern: Während 2005 wie 2002 mehr als 90 Prozent der SPD-Anhänger bei der Kanzlerpräferenz für Schröder votierten, hätten sich nur 78 Prozent der CDU- und 62 Prozent der CSU-Anhänger für Merkel entschieden. Stoibers Rückhalt war 2002 mit 79 Prozent bei den CDU- und mit 90 Prozent bei den CSU-Anhängern größer.

Für Merkel wirkte sich weiterhin negativ aus, dass das Fernsehen auch bei dieser Wahl wieder das dominante Medium war: 70 Prozent aller Wahlbürger hatten ihre Informationen über die Wahl durch Wahlsendungen des Fernsehens erhalten. Von den klassischen Werbemitteln spielte nur noch das Plakat eine gewisse Rolle. Und im Fernsehen schnitt der Amtsinhaber im Urteil der Zuschauer meist besser ab als seine Herausforderin. Hinzu kam, dass die Fernsehbilder die gestylten Plakate mit Merkel Lügen strafen und von daher Merkel weitere Identitätsprobleme brachten. Zu krass war der Widerspruch zwischen der Scheinwelt der Plakatwerbung und der vom Zuschauer als real empfundenen TV-Welt.

Außerdem konnten viele potenzielle Wähler (auch die der Union) an der Kandidatin Merkel wenig Hoffnung festmachen. Während im Wahlkampf 1998 der Kandidat Schröder viel Hoffnung an sich band (Schröder galt damals bei einer Mehrheit der Bürger als jung, dynamisch, modern und man attestierte ihm, das er mit den Erfordernissen der Wirtschaft vertraut sei, einen Aufschwung bringen könnte, eine Vision für die Zukunft hätte und dass er ein neuer Politikertypus sei). Mit Merkel verknüpften 2005 nur wenige Wähler diese Attribute: Sie wurde als fleißig und diszipliniert, nicht aber als sympathisch, modern, jung oder dynamisch oder als neuer Politiker-Typus gesehen. Überhaupt erhofften sich nur wenige von einem Regierungswechsel und einer CDU/CSU-geführten Regierung eine Besserung der Verhältnisse im Lande.

Die Folge waren die beschriebenen Wahlenthaltungen eines Teils potenzieller CDU/CSU-Wähler. Am Sonntag lag die Union nur in einem der drei in Deutschland zu unterscheidenden Wahlgebiete vor der SPD: In Bayern erhielt die CSU 49,3, die SPD 25,5 Prozent der gültigen Stimmen. In Ostdeutschland wie im Rest der Republik aber wurde die SPD stärkste Partei (im Osten bzw. Westen ohne Bayern lag die SPD mit 30,5 bzw. 37,3 Prozent vor der CDU mit 25,3 bzw. 34,8 Prozent der gültigen Stimmen).

### **Wählerschwund für die CSU in Bayern**

Zudem erhielt die Union in Bayern im Vergleich zur Wahl 2002 über 820.000 Stimmen weniger, ein Wählerschwund von über 20 Prozent. Damit verlor die Union in Bayern ebenso viele Stimmen wie in den gesamten übrigen alten Bundesländern ohne Bayern (hier erhielt die CDU 813.000 Stimmen weniger). Im dritten Wahlgebiet, den neuen Ländern, haben 205.000 Wähler weniger die CDU gewählt – ein Minus von über acht Prozent.

Die beiden großen Parteien waren die Verlierer dieser Wahl, die FDP und die neue Linkspartei die Gewinner. Dabei ist die FDP in erster Linie durch „Leihstimmen“ aus dem Lager der Union gestärkt worden. Doch die Liberalen wurden auch von einem Teil taktischer Wähler gewählt, die sich ihre Entscheidung bis kurz vor dem Wahltermin offen halten. Von dieser Gruppe taktischer Wähler wurde die FDP gezielt unterstützt, um in einer möglichen Koalition mit der Union eine Korrektiv-Rolle übernehmen zu können.

Von den knapp 4,1 Millionen Wählern des neuen Linksbündnisses aus PDS und WASG entfielen 54 Prozent auf den Osten des Landes (2,2 Millionen) und 46 Prozent auf den Westen (knapp 1,9 Millionen). Der Zuwachs war mit einem Plus von 1,4 Millionen Stimmen jedoch im Westen größer als im Osten, wo die Linke fast 770.000 Stimmen gewann. Allerdings ist trotz des Wahlerfolges der Linken wegen der sehr unterschiedlichen Struktur der Anhänger der Linkspartei in Ost und West noch keinesfalls sicher, ob sich diese neue Gruppierung im Parteienspektrum dauerhaft etablieren kann.

### **NPD in Sachsen nur knapp unter fünf Prozent**

Die rechtsradikale NPD spielte bei dieser Bundestagswahl bundesweit keine Rolle. Allerdings ist der Anteil der NPD regional recht unterschiedlich: In Nordrhein-Westfalen erhielt die NPD nur 0,8 Prozent der gültigen Stimmen, in Bayern 1,3, aber in den neuen Bundesländern insgesamt 3,6 Prozent. Und im Freistaat Sachsen kam die NPD mit 4,9 Prozent an die Fünf-Prozent-Marke heran. Damit konnte die Linkspartei im Osten einen Teil des Protestes von rechts nicht wie von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi behauptet bündeln, sondern hier wird eine originäres rechtsradikales Wählerpotenzial sichtbar.

Ob der Bedeutungsverlust der Großparteien nach dieser Wahl weitergeht, ob das Parteienspektrum durch die neue Linkspartei weiter differenziert wird und ob das rechtsradikale Potenzial sich vom Osten über die gesamte Republik verbreiten kann, dürfte nicht zuletzt davon abhängen, wie die neue Regierungskonstellation das Land regieren wird.«

Quelle: „Weiterer Bedeutungsverlust für die beiden großen Parteien. Forsa-Analyse der Bundestagswahl vom Sonntag,“ *Associated Press*, 19. September 2005. Used with permission of the Associated Press. Copyright © 2010. All rights reserved.